3.107 Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung Mai 2025

Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie. Doch ihre Stimmen, Bedürfnisse und Perspektiven finden noch immer zu selten Berücksichtigung in politischen Entscheidungen. Obwohl junge Menschen ein Drittel unserer Bevölkerung ausmachen, werden ihre Anliegen in Politik und Gesellschaft unzureichend berücksichtigt. Als BDKJ fordern wir die Bundesregierung auf, Generationengerechtigkeit als politischen Kompass zu verankern – als verbindliche Haltung und ressortübergreifende Leitlinie für verantwortungsvolles politisches Handeln.

Generationengerechtigkeit ist mehr als eine Frage der Finanzen

Generationengerechtigkeit ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung und der intergenerationellen Solidarität - nicht nur der Finanzen. Generationengerechtigkeit darf nicht auf Debatten um Schuldenbremse oder Rentenpolitik verkürzt werden. Sie ist keine rein fiskalische Kategorie, sondern eine Frage der demokratischen Verantwortung. Sie betrifft Lebensrealitäten, Teilhabechancen und Gestaltungsspielräume – heute und mit Blick auf eine gerechte, nachhaltige Zukunft für alle Generationen. Dabei geht es auch um globale Gerechtigkeit. Generationengerecht zu handeln, bedeutet auch, Verantwortung über Landesgrenzen hinweg zu übernehmen, etwa durch internationale Klima- und Entwicklungspolitik, globale Bildungs- und Teilhabechancen sowie strukturellen Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden mit einzubeziehen. Die Perspektiven junger Menschen weltweit sind mitzudenken – gerade dort, wo soziale und ökologische Krisen am stärksten spürbar sind. Es geht unter anderem um Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, (mentale) Gesundheit, Gleichstellung, Engagement und politische Mitbestimmung – also um all jene Strukturen, die darüber entscheiden, wie Menschen in dieser Gesellschaft aufwachsen, sich entfalten und ihr Leben gestalten können.

Eine gerechte Zukunft braucht die Einhaltung ökologischer, sozialer und ökonomischer Belastungsgrenzen. Klimakrise, Artensterben und Umweltverschmutzung bedrohen die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Politik muss so handeln, dass Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam zukunftsfähig bleiben.

Geschlechterungleichheiten beeinflussen Chancen junger Menschen direkt. Nur mit Geschlechtergerechtigkeit wird Zukunft für alle gerecht gestaltet. Generationengerechte Politik stellt sicher, dass Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Diskriminierungserfahrungen kein Hindernis für Mitgestaltung, Bildung oder ein sicheres Aufwachsen darstellen. Vielfalt ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke – und eine Grundlage für eine gerechte, offene und zukunftsfähige Gesellschaft.

Eine Haltung, die junge Menschen als gleichwertige Bürger*innen anerkennt

Politik darf sich nicht länger primär an den Bedürfnissen und Sichtweisen Erwachsener orientieren. Sie muss bestehende Machtstrukturen hinterfragen und systematisch Räume der Mitgestaltung durch junge Menschen schaffen. Es braucht eine Politik, die junge Menschen als vielfältige Individuen mit unterschiedlichen Biografien, Interessen, Stärken, Bedürfnissen und Lebensentwürfen ernst nimmt und dabei eine intersektionale Perspektive einnimmt. Eine Politik, die sich löst von einem adultistischen Maßstab und junge Menschen nicht nur als Kinder ihrer Eltern, sondern als gleichwertigen Teil der Gesellschaft anerkennt: als Bürger*innen, die mit Rechten ausgestattet sind und die einen Anspruch darauf haben, dass diese auch umgesetzt werden.

Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen und zukünftige Steuerzahler*innen.
Politik darf junge Menschen nicht nur auf ihre zukünftigen Rollen in Arbeitswelt und Gesellschaft reduzieren. Sie sind mehr als Schüler*innen, Konsument*innen, potentiell Erwerbstätige und zukünftige Steuerzahler*innen. Sie sind Träger*innen von Visionen, Werten und Hoffnung, sie haben ein Recht auf Zeit, Freiräume und persönliche Entfaltung. Politik muss Orte stärken, an denen junge Menschen wachsen, scheitern und neu aufblühen können – ohne Leistungsdruck, mit Lebensfreude. Sie muss daher außerschulische Erfahrungsräume der Selbstwirksamkeit als zentralen Bestandteil des Aufwachsens anerkennen und stärken.

Demokratie gehört allen – für eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt, empowert & beteiligt
Politik hat die Macht, die gesellschaftlichen Spielregeln zu gestalten – und damit auch die Verantwortung, dies im Sinne aller Generationen zu tun. Wir fordern, dass dies in einer Form geschieht, dass junge Menschen sich ernst genommen, empowert, wirksam, sicher und wohlfühlen. Eine lebendige Demokratie muss inklusiv, repräsentativ und zukunftsgerichtet sein. Sie wird ihrem Anspruch nur dann gerecht, wenn sie Menschen jeden Alters einbezieht. Eine Politik, die empowert, zeigt: Ihr seid wichtig. Eure Meinungen zählen. Eure Zukunft ist unser Maßstab. Generationengerechtigkeit leitet sich unmittelbar ab aus den Rechten auf Beteiligung, Bildung, Entfaltung und Schutz – wie sie im Grundgesetz und der UN-Kinderrechtskonvention verankert sind.[1]

Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie. Sie ist der Schlüssel zu einer starken, solidarischen und widerstandsfähigen Gesellschaft. Wer von klein auf erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt ein Gefühl der Zugehörigkeit und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Meinung Gewicht hat, sie mitgestalten dürfen und ihre Interessen gehört werden, entsteht eine starke demokratische Kultur, in der sich auch junge Menschen als Teil des demokratischen Prozesses begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse und stärkt das Vertrauen in politische Strukturen.

Generationengerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe
Alle Themen betreffen junge Menschen – nicht nur die, auf denen ‚Jugend' steht. Generationengerechtes Handeln heißt, Anliegen und Perspektiven junger Menschen ressortübergreifend in allen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen zu berücksichtigen. Es braucht verbindliche Strukturen, ressortübergreifende Prüfmechanismen und eine klare politische Haltung, damit Generationengerechtigkeit zum Standard wird.

Generationengerechtigkeit ist eine Chance – für die gesamte Gesellschaft
Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft kommt allen zugute. Eine Gesellschaft, die auch junge Menschen in den Blick nimmt, investiert nicht nur in ihre Zukunft, sondern in das Gemeinwohl. Sie fördert sozialen Zusammenhalt, Resilienz, nachhaltige Entwicklung und sie zahlt sich wirtschaftlich aus, weil sie langfristig soziale Folgekosten senkt und Innovationskraft stärkt. Generationengerechtigkeit stärkt die Demokratie – weil sie Verantwortung teilt. Maßgeblich ist, dass die Wünsche und Anliegen verschiedener Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern für ein stärkeres Miteinander sorgen. Einerseits braucht es dafür soziale

[1] S. hierzu u. a.:
UN-Kinderrechtskonvention: https://headlesslive.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab sowie **Artikel 2 Absatz 1 GG**: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit […]"; Artikel 3 Absatz 1 GG: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."; **§ 1 Absatz 1 SGB VIII**: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit".

Sicherungssysteme, die ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen Menschen zu überfordern. Andererseits müssen die Perspektiven junger Menschen in politischen Entscheidungen deutlicher berücksichtigt werden, da sie von langfristigen Entscheidungen stärker betroffen sind. Damit das gelingt, braucht es gegenseitiges Verständnis. Es braucht Orte des Austauschs und der Begegnung auf Augenhöhe auch jenseits von Familienbeziehungen, damit ein generationenübergreifendes Miteinander entstehen kann.

Ohne Generationengerechtigkeit keine Globale Gerechtigkeit

Generationengerechtigkeit endet nicht an Landesgrenzen – sie muss sowohl sozial als auch ökologisch gedacht werden, im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen weltweit. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit sind global untrennbar miteinander verknüpft. Über Jahrhunderte hinweg haben sich Ausbeutung und globale Ungerechtigkeiten, etwa im Handel, beim Ressourcenverbrauch oder durch Staatsverschuldung, verfestigt. Besonders junge Menschen im Globalen Süden tragen am wenigsten zur dreifachen planetaren Krise bei, sind aber am stärksten von ihren Folgen betroffen. Globalen Ungerechtigkeiten muss durch gerechte internationale Partnerschaften begegnet werden. Dazu gehört u.a. koloniale Kontinuitäten klar zu benennen und zu überwinden, einen fairen deutschen Beitrag zur internationalen Klima- und Biodiversitätsfinanzierung zu leisten, zusätzliche und angemessene ODA-Mittel bereitzustellen sowie Lösungen für Staatsinsolvenzverfahren und Schuldenerlasse für (hoch-) verschuldete Länder zu schaffen.

Unser Appell an die Bundesregierung:

1. **Verankern Sie Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie und Haltung – in allen Ressorts, auf allen Ebenen.** Dies beinhaltet:
   - Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz. Dabei muss das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt werden.
   - Die gesetzliche Verankerung und verbindliche Durchführung des Jugend-Checks als begleitendes Instrument zur Abschätzung der Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen. Die Ergebnisse fließen maßgeblich in den Gesetzgebungsprozess mit ein.
   - Die konsequente Umsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung, eng verzahnt mit der EU-Jugendstrategie. Akteur*innen der Jugend(verbands)arbeit und der Jugendsozialarbeit werden in die Umsetzung der Maßnahmen systematisch eingebunden.

2. **Stärken Sie eine Sozialpolitik, die Armut bekämpft, soziale Gerechtigkeit fördert und faire Chancen für alle Generationen und Geschlechter schafft.**
   Dies beinhaltet:
   - Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme zur wirksamen Bekämpfung von (Jugend)Armut[2], orientiert an den vielfältigen Bedarfen und Lebensrealitäten unterschiedlicher Altersgruppen. Zudem braucht es eine generationengerechte Finanzierung unserer Sozialsysteme (z. B. Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung), die junge Menschen angesichts desdemografischen Wandels nicht strukturell benachteiligt und gleichzeitig Spielräume für Investitionen in die jungen und zukünftigen Generationen sichert.[3]

[2] **Monitor Jugendarmut der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS):** https://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/.

[3] Der Ausgleich der Kosten mit Steuermitteln ist auch keine generationengerechte Alternative, da in Folge weniger Mittel des Bundeshaushaltes für Investitionen in junge Menschen zur Verfügung steht.

- Die Anerkennung verschiedener Formen von Arbeit und ihrer Auswirkungen auf die Lebensrealitäten junger Menschen – mit dem Ziel einer geschlechter- und generationengerechten Verteilung von Zeit[4], Ressourcen und Chancen.
- Eine Stärkung der finanziellen, beruflichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien und Kinder, um die Chancengerechtigkeit zu stärken und dem demografischen Wandel zu begegnen.
- Die gezielte Förderung ökologisch nachhaltiger Investitionen und Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation, um Lebensgrundlagen heute und für kommende Generationen zu sichern.

3. **Sichern Sie die systematische Einbeziehung generationenübergreifender Perspektiven in politische Entscheidungen.** Dies beinhaltet:
   - Die Absenkung des Wahlalters und das Zusprechen des aktiven Wahlrechts für junge Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Grundrecht[5] auf Partizipation und Mitbestimmung. Bisherige Altersgrenzen sind jedoch willkürlich gezogen.[6]
   - Die Befähigung junger Menschen, auch darüber hinaus durch eine aktive Einbindung in kinder- und jugendgerecht gestaltete politische Entscheidungsprozesse ihre Meinung einzubringen
   - Die Verankerung von Plätzen für junge Menschen in all ihrer Vielfalt in Entscheidungsgremien und -prozessen. Mindestens 25 Prozent der Positionen in Parlamenten sowie parteilichen Gremienstrukturen sind für Menschen unter 35 Jahren vorzusehen, da diese Altersgruppe geschätzt rund 37 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.[7] Dabei muss auf eine geschlechtergerechte und vielfältige Repräsentation geachtet werden, sodass junge Frauen, nicht-binäre, inter* und trans* Personen in diesen Strukturen sichtbar und wirksam vertreten sind.
   - Den systematischen Einbezug von Jugendverbänden in die Beratung der Bundesregierung. So wird anerkannt, dass Jugendverbände als selbstorganisierte, zivilgesellschaftliche Lernorte der Demokratie eine wichtige Rolle für unsere Gesellschaft spielen. Durch Jugendverbände werden nach § 12 SGB VIII die Anliegen und Interessen junger Menschen vertreten.

4. **Stärken Sie die urbane und ländliche Infrastruktur, die generationenübergreifenden Dialog und Teilhabe ermöglicht – sowohl im analogen als auch im digitalen Raum.** Dies beinhaltet:
   - Die Gewährleistung des barrierefreien und gleichberechtigten Zugangs zu (digitaler) Infrastruktur für alle Generationen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen oder Herkunft.
   - Die gleichberechtigte Berücksichtigung der Perspektiven und Bedürfnisse aller Generationen bei der Sozialraumplanung sowie der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume.
   - Die Umsetzung eines kommunenübergreifenden Mobilitätskonzepts, welches den Ansprüchen und Bedarfen der verschiedenen Generationen gerecht wird.

---

[4] **BDKJ-Beschluss (2024): Zeitgerechtigkeit - Wir fordern gerechte Zeitgestaltungsmöglichkeiten:** https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/4/4.48_Zeitgerechtigkei-t.pdf.

[5] **Artikel 20 Grundgesetz.**

[6] **BDKJ-Beschluss (2019): Jugend beteiligen jetzt!:** https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluss/3/3_84_Jugend_bet--eiligen_jetzt.pdf

[7] **Statistisches Bundesamt:** Bevölkerung nach Altersgruppen.

- Die Ausweitung echter Beteiligungsformate zur Mitgestaltung der sozial-ökologischen Transformation auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Junge Menschen müssen überall aktiv und stimmberechtigt einbezogen werden.

5. **Stärken Sie die Investitionen in den Klimaschutz, um die Schöpfung für gegenwärtige und auch für nachfolgende Generationen zu bewahren.** Dies beinhaltet:
   - Den Einsatz dafür, dass Deutschland auf nationaler sowie auf internationaler Ebene seinen Beitrag leistet, das 1,5°C-Ziel zu erreichen.[8]
   - Ein ambitioniertes Klimaziel 2030 und Treibhausgasneutralität weit vor 2045, um dem Pariser Klimaabkommen und dem 1,5- Grad-Ziel gerecht zu werden.
   - Die Einführung eines sozial gerechten Klimagelds, um den Herausforderungen der Klimakrise effektiv zu begegnen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu wahren.[9]

Jetzt ist die Zeit, konstruierte Generationengrenzen zu überwinden und gemeinsam eine Politik zu schaffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Altersgrenzen hinweg stärkt und zukunftsfähig macht. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen – als Politiker*innen, als Wähler*innen, als Christ*innen, als Gesellschaft.

[8] **BDKJ-Beschluss (2021): Klimagerechtigkeit jetzt! Wir fordern globale Gerechtigkeit:** https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5_30_Klimagerechtigkeit_jetzt_final.pdf

[9] **BDKJ-Beschluss (2024): Klimageld jetzt: Mehr für soziale Gerechtigkeit:** https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/3.102_Klimageld_jetzt.pdf